

Deutschland-Olching: Dienstleistungen von Architekturbüros

OJ S 23/2023 01/02/2023

Bekanntmachung vergebener Aufträge

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Stadt Olching
Postanschrift: Rebhuhnstr. 18
Ort: Olching
NUTS-Code: DE21C Fürstenfeldbruck
Postleitzahl: 82140
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Bauamt
E-Mail: hochbau2@olching.de
Telefon: +49 81422001353
Fax: +49 81422004310
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://www.olching.de>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Objektplanung Gebäude LPH 1-9 §§ 33 ff. HOAI

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Neubau für die freiwillige Feuerwehr Olching auf einem bisher nicht bebauten Grundstück.
Folgende Leistung wird vergeben: Objektplanung Gebäude LPH 1-9 §§ 33 ff. HOAI.

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.7.

Gesamtwert der Beschaffung

Niedrigstes Angebot: 576 279,00 EUR / höchstes Angebot: 629 295,00 EUR das berücksichtigt wurde

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE21C Fürstenfeldbruck

Hauptort der Ausführung: Olching

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Stadt Olching beabsichtigt den Neubau eines Feuerwehrhauses für die freiwillige Feuerwehr Olching auf einem bisher nicht bebauten Grundstück am Ortsrand in Nachbarschaft zu anderen öffentlichen Einrichtungen. Das Grundstück ist ca. 5 450 m² groß und nahezu eben.

Für die Maßnahme liegt eine Machbarkeitsstudie vor, 2 Ein- bzw. Ausfahrten vom Grundstück sind vorgegeben. In der Machbarkeitsstudie ist die Platzierung des Gebäudes auf dem Grundstück vorgeschlagen, so dass die notwendigen Ausfahrt- und Rangierflächen nachgewiesen sind.

Der Vorschlag sieht ein Hauptgebäude vor, in dem die Fahrzeughalle, die sich durch ihre nutzbare Höhe über 2 Vollgeschosse erstreckt und der Werkstatt- und Sozialtrakt untergebracht werden. Ein Aufzug wird erforderlich sein.

Die Fahrzeughalle mit 12 Stellplätzen, Wasch- und Werkstatthalle ist in der vorliegenden Machbarkeitsstudie ca. 17 m tief, um Fahrzeuge hintereinander platzieren zu können. An Stellplätzen, wo dies nicht der Fall ist, wurde vorgesehen, die größere Tiefe zur Gestaltung einer flexiblen Lagerzone (Hochregale) zu nutzen. Das Dach ist so zu planen, dass im Bedarfsfall eine PV-Anlage montiert werden kann. Eine ansprechende Gestaltung des Gebäudes ist gewünscht. Der Objektplaner ist in seiner Vorplanung und Entwurfsplanung frei, die Darstellungen der Machbarkeitsstudie dienen lediglich der Überprüfung der Eignung des Grundstücks. Auf Grundlage der LPH 2 HOAI § 34 wird von Dritten ein Bebauungsplan erstellt. Eine frühe Beteiligung der Nutzer in der Planung ist zu leisten.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Qualitätskriterium - Name: Personelle Struktur und Kapazität / Gewichtung: 10

Qualitätskriterium - Name: Projektbezogene Kompetenz Haupt-Leistungserbringer / Gewichtung: 15

Qualitätskriterium - Name: Kompetenz des technischen Projektleiters dargelegt in einer Projekteinschätzung / Gewichtung: 15

Qualitätskriterium - Name: Angebotene Leistungsdichte und Herangehensweise / Gewichtung: 30

Preis - Gewichtung: 30

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Stufenweise Vergabe gem. folgenden Leistungsstufen:

— Stufe 1: LPH 1 und 2 gem. § 34 HOAI,

— Stufe 2: LPH 3 gem. § 34 HOAI,

— Stufe 3: LPH 4, 5, 6 und 7 gem. § 34 HOAI,

— Stufe 4: LPH 8 und 9 gem. § 34 HOAI.

Es besteht kein Recht auf Gesamtbeauftragung.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.1. Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

Bekanntmachungsnummer im ABl.: [2021/S 121-320254](#)

IV.2.8. Angaben zur Beendigung des dynamischen Beschaffungssystems

IV.2.9. Angaben zur Beendigung des Aufrufs zum Wettbewerb in Form einer Vorinformation

Abschnitt V: Auftragsvergabe

Ein Auftrag/Los wurde vergeben: ja

V.2. Auftragsvergabe

V.2.1. Tag des Vertragsabschlusses

17/11/2021

V.2.2. Angaben zu den Angeboten

Anzahl der eingegangenen Angebote: 4

Anzahl der eingegangenen Angebote von KMU: 4

Anzahl der eingegangenen Angebote von Bietern aus anderen EU-Mitgliedstaaten: 0

Anzahl der eingegangenen Angebote von Bietern aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten: 0

Anzahl der elektronisch eingegangenen Angebote: 4

Der Auftrag wurde an einen Zusammenschluss aus Wirtschaftsteilnehmern vergeben: nein

V.2.3. Name und Anschrift des Wirtschaftsteilnehmers, zu dessen Gunsten der Zuschlag erteilt wurde

Offizielle Bezeichnung: kplan AG

Ort: Abensberg

NUTS-Code: DE217 Dachau

Land: Deutschland

Der Auftragnehmer ist ein KMU: ja

V.2.4. Angaben zum Wert des Auftrags/Loses

Niedrigstes Angebot: 576 279,00 EUR / höchstes Angebot: 629 295,00 EUR das berücksichtigt wurde

V.2.5. Angaben zur Vergabe von Unteraufträgen

Es können Unteraufträge vergeben werden

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.3. Zusätzliche Angaben

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Südbayern bei der Regierung von Oberbayern

Postanschrift: Maximilianstr. 39

Ort: München

Postleitzahl: 80534

Land: Deutschland

Telefon: +49 8921762411

Fax: +49 8921762847

Internet-Adresse: <http://regierung.oberbayern.bayern.de>

VI.4.2. Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Siehe VI.4.1

Ort: München

Land: Deutschland

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Geltendmachung der Unwirksamkeit einer Auftragsvergabe in einem

Nachprüfungsverfahren ist fristgebunden. Es wird auf die in § 135 Abs. 2 GWB genannten

Fristen verwiesen. Nach § 135 Abs. 2 S. 2 GWB endet die Frist zur Geltendmachung der

Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der

Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union. Nach Ablauf der jeweiligen Frist kann eine Unwirksamkeit nicht mehr festgestellt werden.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: siehe VI.4.1

Ort: München

Land: Deutschland

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

27/01/2023